

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Umsetzung steuerlicher Hilfsmaßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise (Viertes Corona-Steuerhilfegesetz)

– Drucksache 20/1111 –

Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung

Stellungnahme des Bundesrates

Der Bundesrat hat in seiner 1019. Sitzung am 8. April 2022 beschlossen, zu dem Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes wie folgt Stellung zu nehmen:

1. Zu Artikel 1 Nummer 1 (§ 3 Nummer 11a Satz 2 – neu –)
Nummer 2 (§ 52 Absatz 4 Satz 4 – neu –, Satz 5 – neu – EStG)

Artikel 1 ist wie folgt zu ändern:

- a) Nummer 1 ist wie folgt zu fassen:

„1. § 3 wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 11a wird das Semikolon durch einen Punkt ersetzt und folgender Satz angefügt:
„Für in Einrichtungen im Sinne des § 23 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 oder Nummer 11 des Infektionsschutzgesetzes oder § 36 Absatz 1 Nummer 2 oder Nummer 7 des Infektionsschutzgesetzes tätige Arbeitnehmer gewährte Beihilfen und Unterstützungen auf Grund der Corona-Krise, erhöht sich der Betrag nach Satz 1 auf 3 000 Euro.“
- b) Nach Nummer 11a ... <weiter wie Vorlage>“

- b) Nummer 2 ist wie folgt zu fassen:

„2. Nach § 52 Absatz 4 Satz 3 werden folgende Sätze eingefügt:

„§ 3 Nummer 11a Satz 2 in der Fassung des Artikels 1 des Gesetzes vom ... [einsetzen: Ausfertigungsdatum und Fundstelle des vorliegenden Änderungsgesetzes] ist nur für in der Zeit vom 18. November 2021 bis zum 31. März 2022 gewährte Beihilfen und Unterstützungen anzuwenden.
§ 3 Nummer 11b in der Fassung des Artikels 1 des Gesetzes vom ... [einsetzen: Ausfertigungsdatum und Fundstelle des vorliegenden Änderungsgesetzes] ist erstmals für den Veranlagungszeitraum 2021 anzuwenden.““

- c) Der Bundesrat bittet darum, dass im Rahmen dieses Gesetzgebungsverfahrens sichergestellt wird, dass die von § 3 Nummer 11a Satz 2 des Einkommensteuergesetzes in der gemäß Nummer 1 vorgeschlagenen Fassung erfassten Beihilfen und Unterstützungen auch dann von der sozialversicherungsrechtlichen Verbeitragung freigestellt werden, wenn die Entgeltabrechnung vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erfolgt ist.

Begründung:

Zu Buchstabe a und b:

Die pandemische Lage in Deutschland geht mittlerweile in das dritte Jahr.

Gerade die im Gesundheitswesen beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Krankenhäusern und Einrichtungen der Pflege sind hierdurch nicht nur psychisch, sondern auch physisch, beispielsweise durch das verstärkte Tragen von Schutzkleidung und FFP2-Masken sowie das temporäre Aussetzen der Pflegepersonaluntergrenzen (PpuG), besonders großen Belastungen ausgesetzt. Durch bereits zuvor gewährte Sonderzahlungen im Gesundheitswesen ist der nach § 3 Nummer 11 Buchstabe a Satz 1 EStG steuerfreie Betrag für einzelne Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer jedoch bereits ausgeschöpft. Um auch weitere in der Zeit vom 18. November 2021 bis zum 31. März 2022 erfolgende steuerfreie Sonderzahlungen zu ermöglichen, wird der steuerfreie Betrag für diese Personengruppe verdoppelt. Auszahlungen erst ab dem 18. November 2021 verstärkt zu begünstigen, folgt den entsprechenden Erwägungen beim neuen § 3 Nummer 11 Buchstabe b EStG.

Zu Buchstabe c:

Die Besonderheiten des Sozialversicherungsrechts lassen es unter Umständen nicht zu, dass die steuerrechtlich zulässige Rückwirkung von begünstigenden Gesetzesänderungen auf das Beitragsrecht durchschlagen. Insofern sollte durch eine klarstellende Regelung im Sozialversicherungsrecht sichergestellt werden, dass das Ziel einer Steuer- und Beitragsfreiheit der Corona-bedingten Beihilfen und Unterstützungen nicht verfehlt wird.

2. Zu Artikel 1 Nummer 1 (§ 3 Nummer 11b Satz 1 EStG)

In Artikel 1 Nummer 1 sind in § 3 Nummer 11b Satz 1 die Wörter „aufgrund bundes- oder landesrechtlicher Regelungen“ zu streichen.

Begründung:

Die Regelung sieht die Steuerfreiheit einer Corona-Prämie von bis zu 3 000 Euro für Mitarbeitende in Krankenhäusern und/oder Pflegeeinrichtungen, die zwischen dem 18. November 2021 und dem 31. Dezember 2022 durch die Arbeitgeber gezahlt werden. Dabei soll vorausgesetzt werden, dass die Sonderzahlungen „aufgrund bundes- oder landesrechtlicher Regelungen“ gewährt werden. Warum eine von einem Arbeitgeber aus eigener Initiative gewährte Prämie nicht diesem Steuerprivileg unterfallen soll, ist nicht nachzuvollziehen. Der Gefahr einer uferlosen Ausweitung der Steuerfreiheit wird bereits damit begegnet, dass die Regelung in der Höhe begrenzt und zeitlich befristet ist.

3. Zu Artikel 2 (§ 52 Absatz 35d Nummer 3, 4, Nummer 5 – neu – EStG)

Artikel 5 (§ 36 Absatz 5b GewStG),

Artikel 6 Nummer 2 (Artikel 97 § 36 Absatz 4, 5, 6 – neu – EGAO)

a) In Artikel 2 ist § 52 Absatz 35d wie folgt zu ändern:

aa) In Nummer 3 ist die Angabe „19. Kalendermonat“ durch die Angabe „21. Kalendermonat“ und die Angabe „27. Kalendermonat“ durch die Angabe „29. Kalendermonat“ zu ersetzen.

bb) In Nummer 4 ist die Angabe „17. Kalendermonat“ durch die Angabe „19. Kalendermonat“ und die Angabe „25. Kalendermonat“ durch die Angabe „27. Kalendermonat“ zu ersetzen.

cc) Folgende Nummer 5 ist einzufügen:

„5. für den Veranlagungszeitraum 2023 an die Stelle des 15. Kalendermonats der 17. Kalendermonat und an die Stelle des 23. Kalendermonats der 25. Kalendermonat“.

b) In Artikel 5 ist § 36 Absatz 5b wie folgt zu fassen:

„(5b) § 19 Absatz 3 Satz 2 und 3 ist auf Antrag des Steuerpflichtigen mit der Maßgabe anzuwenden, dass für die Erhebungszeiträume 2019, 2020 und 2021 der 21. Kalendermonat, für den Erhebungszeitraum 2022 der 19. Kalendermonat und für den Erhebungszeitraum 2023 der 17. Kalendermonat an die Stelle des 15. Kalendermonats tritt.“

c) Artikel 6 Nummer 2 ist wie folgt zu fassen:

„2. Die folgenden Absätze 4 bis 6 werden angefügt:

„(4) Für den Besteuerungszeitraum 2021 sind die §§ 109, 149, 152 und 233a der Abgabenordnung in der am ... [einsetzen: Tag nach der Verkündung des vorliegenden Gesetzes] geltenden Fassung mit folgenden Maßgaben anzuwenden:

1. In § 109 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 der Abgabenordnung tritt an die Stelle des letzten Tags des Monats Februar 2023 der 31. August 2023.
2. In § 109 Absatz 2 Satz 2 der Abgabenordnung tritt an die Stelle des 31. Juli 2023 der 31. Januar 2024.
3. In § 149 Absatz 2 Satz 1 der Abgabenordnung tritt jeweils an die Stelle der Angabe „sieben Monate“ die Angabe „zehn Monate“.
4. In § 149 Absatz 2 Satz 2 der Abgabenordnung tritt an die Stelle der Angabe „des siebten Monats“ die Angabe „des zehnten Monats“.
5. In § 149 Absatz 3 der Abgabenordnung tritt an die Stelle des letzten Tags des Monats Februar 2023 der 31. August 2023 und an die Stelle des 31. Juli 2023 der 31. Januar 2024.
6. In § 149 Absatz 4 Satz 1 und 3 der Abgabenordnung tritt jeweils an die Stelle des letzten Tags des Monats Februar 2023 der 31. August 2023.
7. In § 149 Absatz 4 Satz 5 der Abgabenordnung tritt an die Stelle des 31. Juli 2023 der 31. Januar 2024.
8. In § 152 Absatz 2 Nummer 1 der Abgabenordnung tritt jeweils an die Stelle der Angabe „14 Monaten“ die Angabe „20 Monaten“.
9. In § 152 Absatz 2 Nummer 2 der Abgabenordnung tritt jeweils an die Stelle der Angabe „19 Monaten“ die Angabe „25 Monaten“.
10. In § 233a Absatz 2 Satz 1 der Abgabenordnung tritt an die Stelle der Angabe „15 Monate“ die Angabe „21 Monate“.
11. In § 233a Absatz 2 Satz 2 der Abgabenordnung tritt an die Stelle der Angabe „23 Monate“ die Angabe „29 Monate“.

(5) Für den Besteuerungszeitraum 2022 sind die §§ 109, 149, 152 und 233a der Abgabenordnung in der am ... [einsetzen: Tag nach der Verkündung des vorliegenden Gesetzes] geltenden Fassung mit folgenden Maßgaben anzuwenden:

1. In § 109 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 der Abgabenordnung tritt an die Stelle des letzten Tags des Monats Februar 2024 der 30. Juni 2024.
2. In § 109 Absatz 2 Satz 2 der Abgabenordnung tritt an die Stelle des 31. Juli 2024 der 30. November 2024.
3. In § 149 Absatz 2 Satz 1 der Abgabenordnung tritt jeweils an die Stelle der Angabe „sieben Monate“ die Angabe „neun Monate“.
4. In § 149 Absatz 2 Satz 2 der Abgabenordnung tritt an die Stelle der Angabe „des siebten Monats“ die Angabe „des neunten Monats“.
5. In § 149 Absatz 3 der Abgabenordnung tritt an die Stelle des letzten Tags des Monats Februar 2024 der 30. Juni 2024 und an die Stelle des 31. Juli 2024 der 30. November 2024.
6. In § 149 Absatz 4 Satz 1 und 3 der Abgabenordnung tritt jeweils an die Stelle des letzten Tags des Monats Februar 2024 der 30. Juni 2024.
7. In § 149 Absatz 4 Satz 5 der Abgabenordnung tritt an die Stelle des 31. Juli 2024 der 30. November 2024.

8. In § 152 Absatz 2 Nummer 1 der Abgabenordnung tritt jeweils an die Stelle der Angabe „14 Monaten“ die Angabe „18 Monaten“.
9. In § 152 Absatz 2 Nummer 2 der Abgabenordnung tritt jeweils an die Stelle der Angabe „19 Monaten“ die Angabe „23 Monaten“.
10. In § 233a Absatz 2 Satz 1 der Abgabenordnung tritt an die Stelle der Angabe „15 Monate“ die Angabe „19 Monate“.
11. In § 233a Absatz 2 Satz 2 der Abgabenordnung tritt an die Stelle der Angabe „23 Monate“ die Angabe „27 Monate“.

(6) Für den Besteuerungszeitraum 2023 sind die §§ 109, 149, 152 und 233a der Abgabenordnung in der am ... [einsetzen: Tag nach der Verkündung des vorliegenden Gesetzes] geltenden Fassung mit folgenden Maßgaben anzuwenden:

1. In § 109 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 der Abgabenordnung tritt an die Stelle des letzten Tags des Monats Februar 2025 der 30. April 2025.
2. In § 109 Absatz 2 Satz 2 der Abgabenordnung tritt an die Stelle des 31. Juli 2025 der 30. September 2025.
3. In § 149 Absatz 2 Satz 1 der Abgabenordnung tritt jeweils an die Stelle der Angabe „sieben Monate“ die Angabe „acht Monate“.
4. In § 149 Absatz 2 Satz 2 der Abgabenordnung tritt an die Stelle der Angabe „des siebten Monats“ die Angabe „des achten Monats“.
5. In § 149 Absatz 3 der Abgabenordnung tritt an die Stelle des letzten Tags des Monats Februar 2025 der 30. April 2025 und an die Stelle des 31. Juli 2025 der 30. September 2025.
6. In § 149 Absatz 4 Satz 1 und 3 der Abgabenordnung tritt jeweils an die Stelle des letzten Tags des Monats Februar 2025 der 30. April 2025.
7. In § 149 Absatz 4 Satz 5 der Abgabenordnung tritt an die Stelle des 31. Juli 2025 der 30. September 2025.
8. In § 152 Absatz 2 Nummer 1 der Abgabenordnung tritt jeweils an die Stelle der Angabe „14 Monaten“ die Angabe „16 Monaten“.
9. In § 152 Absatz 2 Nummer 2 der Abgabenordnung tritt jeweils an die Stelle der Angabe „19 Monaten“ die Angabe „21 Monaten“.
10. In § 233a Absatz 2 Satz 1 der Abgabenordnung tritt an die Stelle der Angabe „15 Monate“ die Angabe „17 Monate“.
11. In § 233a Absatz 2 Satz 2 der Abgabenordnung tritt an die Stelle der Angabe „23 Monate“ die Angabe „25 Monate“.

Begründung:

Zu Buchstabe a:

Es handelt sich bei dieser Änderung um eine Folgeänderung zur Verlängerung der Erklärungsfristen des § 149 der Abgabenordnung (AO) und der zinsfreien Karenzzeit des § 233a AO durch Artikel 97 § 36 des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung (EGAO) für die Veranlagungszeiträume 2020 bis 2023.

Zeichnet sich bei der Erstellung der Steuererklärung eine größere Steuernachzahlung ab, kann ein Antrag auf Festsetzung einer nachträglichen Vorauszahlung in Betracht kommen. Damit soll vermieden werden, dass die Nachzahlung in die Verzinsung nach § 233a AO fällt. Im Normalfall ist hierfür durch die 15-Monats-Frist am 31. März des Zweitfolgejahres (bzw. 23-Monats-Frist bei Land- und Forstwirten mit überwiegenden Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft) ausreichend Zeit.

Aufgrund der durch dieses Gesetz für den Veranlagungszeitraum 2020 erneut und für die Veranlagungszeiträume 2021 bis 2023 erstmals verlängerten Steuererklärungsfristen sind auch die Fristen des § 37 Absatz 3 Satz 3 EStG entsprechend anzupassen.

Mit der Änderung soll ein Gleichklang der Fristen gewahrt bleiben. Die Steuerpflichtigen haben dadurch auf Antrag weiterhin die Möglichkeit, frühzeitig Steuerzahlungen zu leisten und Nachzahlungszinsen zu vermeiden, für die Verwaltung ergeben sich Verfahrenserleichterungen.

Nach § 31 Absatz 1 KStG gilt die Regelung ebenfalls auch für die Körperschaftsteuer.

Zu Buchstabe b:

Die Änderung stellt den gebotenen Gleichklang der Fristläufe bei nachträglichen Vorauszahlungen im Gewerbesteuerrecht zu jenen des Einkommen- und Körperschaftsteuerrechts her. Auf die diesbezügliche Begründung zu Buchstabe a wird verwiesen.

Zu Buchstabe c:

Zu § 36 Absatz 4 bis 6:

Die Frist zur Abgabe von Steuererklärungen 2020 in beratenen Fällen soll um weitere drei Monate verlängert werden.

Infolge der erneuten Verlängerung der Ausnahmeregelungen zu § 109 Absatz 2, § 149 Absatz 3 und 4, § 152 Absatz 2 und § 233a Absatz 2 AO für den Besteuerungszeitraum 2020 durch Artikel 6 Nummer 1 Buchstabe a werden insbesondere die Erklärungsfristen und die zinsfreie Karenzzeit auch für den Besteuerungszeitraum 2021 verlängert.

Neben den – auch im Zusammenhang mit Schlussabrechnungen von Corona-Hilfen – weiter andauernden Anforderungen an die Angehörigen der steuerberatenden Berufe soll hierdurch den mit der Grundsteuerreform verbundenen Belastungen Rechnung getragen werden.

Da auch viele nicht beratene Steuerpflichtige durch die Corona-Pandemie weiterhin belastet sind, werden in diesem Zuge auch die Erklärungsfristen für nicht beratene Steuerpflichtige für den Besteuerungszeitraum 2021 wie für den Besteuerungszeitraum 2020 erneut verlängert.

Hieran anknüpfend werden auch die Erklärungsfristen für 2022 und 2023 verlängert, jedoch in geringerem Umfang; das gilt auch für nicht beratene Steuerpflichtige.

Zu § 36 Absatz 4:

Infolge der erneuten Verlängerung der Ausnahmeregelungen zu § 109 Absatz 2, § 149 Absatz 3 und 4, § 152 Absatz 2 und § 233a Absatz 2 AO für den Besteuerungszeitraum 2020 durch Artikel 6 Nummer 1 Buchstabe a werden insbesondere die Erklärungsfristen und die zinsfreie Karenzzeit auch für den Besteuerungszeitraum 2021 wie für den Besteuerungszeitraum 2020 verlängert.

Neben den – auch im Zusammenhang mit Schlussabrechnungen von Corona-Hilfen – weiter andauernden Anforderungen an die Angehörigen der steuerberatenden Berufe soll hierdurch den mit der Grundsteuerreform verbundenen Belastungen Rechnung getragen werden.

Mit einer Hauptfeststellung auf den 1. Januar 2022 sind neue Grundsteuerwerte festzustellen, die der Grundsteuer ab dem Kalenderjahr 2025 zugrunde gelegt werden.

Die dafür erforderlichen Angaben übermitteln Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer in einer Feststellungserklärung ihrem Finanzamt. Entscheidend für alle Angaben ist dabei der Stand zum Stichtag 1. Januar 2022. Die elektronisch abzugebenden Feststellungserklärungen können ab 1. Juli 2022 über die Steuer-Onlineplattform ELSTER eingereicht werden. Die Abgabefrist läuft bis zum 31. Oktober 2022. Die Finanzämter müssen möglichst frühzeitig, spätestens aber bis Mitte 2024, eine ausreichende Menge der insgesamt erwarteten 36 Millionen Erklärungen abschließend bearbeiten, um den Kommunen die notwendige Zeit für die Festlegung der Hebesätze und Aufstellung der Haushaltspläne zu lassen. Dieser Zeitrahmen ist schon sehr knapp bemessen. Deshalb ist eine Verlängerung der Abgabefrist über Einzelfälle hinaus nicht möglich.

Da auch viele nicht beratene Steuerpflichtige durch die Corona-Pandemie weiterhin belastet sind, werden in diesem Zuge auch die Erklärungsfristen für nicht beratene Steuerpflichtige für den Besteuerungszeitraum 2021 erneut verlängert.

Zu Nummer 1 und 2:

Diese Regelungen dienen der Klarstellung. Die erhöhten Anforderungen für Fristverlängerungen in beratenen Fällen nach § 109 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 AO für den Besteuerungszeitraum 2021 sollen erst ab dem 31. August 2023 zur Anwendung kommen.

Für beratene Land- und Forstwirte mit abweichendem Wirtschaftsjahr kommen die erhöhten Anforderungen nach § 109 Absatz 2 Satz 2 AO für den Besteuerungszeitraum 2021 erst ab dem 31. Januar 2024 zur Anwendung.

Zu Nummer 3 und 4:

Da auch viele nicht beratene Steuerpflichtige weiterhin durch die Corona-Pandemie belastet sind, wird die für den Besteuerungszeitraum 2021 allgemein Ende Juli 2022 endende Erklärungsfrist nach § 149 Absatz 2 Satz 1 AO um drei Monate verlängert. Gleiches gilt für die für nicht beratene Land- und Forstwirte mit abweichendem Wirtschaftsjahr allgemein geltende Erklärungsfrist nach § 149 Absatz 2 Satz 2 AO.

Zu Nummer 5:

Die für den Besteuerungszeitraum 2021 in beratenen Fällen regulär Ende Februar 2023 bzw. bei beratenen Land- und Forstwirten regulär am 31. Juli 2023 ablaufende Erklärungsfrist nach § 149 Absatz 3 AO wird jeweils um sechs Monate verlängert, soweit im Einzelfall nicht eine Anordnung nach § 149 Absatz 4 AO ergangen ist.

Zu Nummer 6 und 7:

Nach § 149 Absatz 4 AO können die Finanzämter anordnen, dass Steuer- und Feststellungserklärungen im Sinne des § 149 Absatz 3 AO zu einem früheren Zeitpunkt abzugeben sind (sogenannte Vorabforderung).

Als Folge der Verlängerung der Erklärungsfrist in beratenen Fällen nach Nummer 5 werden in § 149 Absatz 4 AO die für Vorabanforderungen jeweils maßgebenden Fristen im gleichen Umfang verlängert. Für den Veranlagungszeitraum 2021 tritt in § 149 Absatz 4 Satz 1 und 3 AO an die Stelle des letzten Tags des Monats Februar 2023 der 31. August 2023 und für beratene Land- und Forstwirte mit abweichendem Wirtschaftsjahr tritt in § 149 Absatz 4 Satz 5 AO an die Stelle des 31. Juli 2023 der 31. Januar 2024.

Hierdurch soll es den Finanzbehörden trotz der Fristverlängerung für den Veranlagungszeitraum 2021 ermöglicht werden, einen kontinuierlichen Erklärungseingang sicherzustellen.

Zu Nummer 8 und 9:

Diese Regelungen dienen der Klarstellung. Es wird bestimmt, dass die Regelung in § 152 Absatz 2 Nummer 1 AO über die Festsetzung von Verspätungszuschlägen ohne Ermessensspielraum der Finanzbehörde (sogenannter „Muss-Fall“) für den Besteuerungszeitraum 2021 regulär erst ab dem 31. August 2023, das heißt ebenfalls sechs Monate später als allgemein üblich, zur Anwendung kommt.

Die für Land- und Forstwirte mit abweichendem Wirtschaftsjahr geltende Regelung in § 152 Absatz 2 Nummer 2 AO kommt für den Besteuerungszeitraum 2021 erst ab dem 31. Januar 2024 zur Anwendung.

Zu Nummer 10 und 11:

Aufgrund der Verlängerung der Erklärungsfrist für den Besteuerungszeitraum 2021 wird auch die – regulär fünfzehnmonatige – zinsfreie Karenzzeit des § 233a Absatz 2 Satz 1 AO um sechs Monate verlängert. Aufgrund der Verlängerung der Erklärungsfrist für den Besteuerungszeitraum 2021 wird auch die – regulär 23-monatige – zinsfreie Karenzzeit des § 233a Absatz 2 Satz 2 AO um sechs Monate verlängert.

Diese Ausnahmeregelung gilt gleichermaßen für Erstattungs- wie Nachzahlungszinsen.

Ob diese Regelung zur Anwendung kommen wird, hängt von der gesetzgeberischen Entscheidung sowie der Ausgestaltung der vom Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung vom 8. Juli 2021 (BGBl. I S. 4303) angeordneten rückwirkenden gesetzlichen Neuregelung zur Verzinsung nach § 233a AO für Verzinsungszeiträume ab dem 1. Januar 2019 ab.

Zu § 36 Absatz 5 und 6 – neu –:

Infolge der erneuten Verlängerung der Ausnahmeregelungen zu § 109 Absatz 2, § 149 Absatz 3 und 4, § 152 Absatz 2 und § 233a Absatz 2 AO für die Besteuerungszeiträume 2020 und 2021 werden insbesondere die Erklärungsfristen und die zinsfreie Karenzzeit auch für die Folgejahre angemessen verlängert. Hierdurch sollen die für die Besteuerungszeiträume 2019 bis 2021 gesetzlich gewährten Fristverlängerungen für durch Angehörige der steuerberatenden Berufe erstellte Steuer- und Feststellungserklärungen sukzessive abgebaut werden.

Da auch viele nicht beratene Steuerpflichtige durch die Corona-Pandemie weiterhin belastet sind, werden in diesem Zuge auch die Erklärungsfristen für nicht beratene Steuerpflichtige für die Besteuerungszeiträume 2022 und 2023 – jedoch in geringerem Umfang – erneut verlängert.

Zu § 36 Absatz 5:

Die für den Besteuerungszeitraum 2020 durch den vorstehend geänderten Artikel 97 § 36 Absatz 3 EGAO verlängerten und für den Besteuerungszeitraum 2021 durch die Regelung in Artikel 97 § 36 Absatz 4 EGAO

getroffenen Ausnahmeregelungen sollen auch auf den Besteuerungszeitraum 2022 erstreckt werden, nun allerdings mit vier statt sechs Monaten Verlängerung der zinsfreien Karenzzeit und der Erklärungsfrist für durch Angehörige der steuerberatenden Berufe erstellte Steuererklärungen. Auch die für nicht beratene Steuerpflichtige geltenden Erklärungsfristen (§ 149 Absatz 2 AO) sollen um zwei Monate verlängert werden.

Im Übrigen wird auf die vorstehende Begründung zu Artikel 97 § 36 Absatz 4 EGAO verwiesen.

Zu § 36 Absatz 6:

Die für den Besteuerungszeitraum 2020 durch den vorstehend geänderten Artikel 97 § 36 Absatz 3 EGAO verlängerten und für die Besteuerungszeitraum 2021 und 2022 durch die Regelung in Artikel 97 § 36 Absatz 4 und Absatz 5 EGAO getroffenen Ausnahmeregelungen sollen auch auf den Besteuerungszeitraum 2023 erstreckt werden, nun allerdings mit zwei Monaten Verlängerung der zinsfreien Karenzzeit und der Erklärungsfrist für durch Angehörige der steuerberatenden Berufe erstellte Steuererklärungen. Auch die für nicht beratene Steuerpflichtige geltenden Erklärungsfristen (§ 149 Absatz 2 AO) sollen um einen Monat verlängert werden.

Im Übrigen wird auf die vorstehende Begründung zu Artikel 97 § 36 Absatz 4 verwiesen.

4. Zu Artikel 2a – neu – Nummer 1 (§ 6 Absatz 1 Nummer 3, Nummer 3a Buchstabe e Satz 1 EStG), Nummer 2 (§ 52 Absatz 12 Satz 2 – neu –, Satz 3 – neu –, Satz 4 – neu – EStG)

Nach Artikel 2 ist folgender Artikel 2a einzufügen:

„Artikel 2a

Weitere Änderung des Einkommensteuergesetzes

Das Einkommensteuergesetz, das zuletzt durch Artikel 2 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 6 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 3 wird wie folgt gefasst:

„3. Verbindlichkeiten sind unter sinngemäßer Anwendung der Vorschriften der Nummer 2 anzusetzen.“

b) Nummer 3a Buchstabe e Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Rückstellungen für Verpflichtungen sind mit einem Zinssatz von 5,5 Prozent abzuzinsen; ausgenommen von der Abzinsung sind Rückstellungen für Verpflichtungen, deren Laufzeit am Bilanzstichtag weniger als zwölf Monate beträgt, und Rückstellungen für Verpflichtungen, die verzinslich sind oder auf einer Anzahlung oder Vorausleistung beruhen.“

2. § 52 wird wie folgt geändert:

Nach Absatz 12 Satz 1 werden folgende Sätze eingefügt:

„§ 6 Absatz 1 Nummer 3 und 3a Buchstabe e ist erstmals für Wirtschaftsjahre anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 2021 enden. Auf Antrag kann § 6 Absatz 1 Nummer 3 und 3a Buchstabe e auch für frühere Wirtschaftsjahre angewendet werden. Der Antrag kann nur einheitlich für sämtliche Wirtschaftsjahre gestellt werden.““

Folgeänderung:

In Artikel 3 ist der Verweis in Satz 1 von Artikel 2 auf Artikel 2a zu ändern.

Begründung:

Zu Nummer 1:

Zu Buchstabe a:

§ 6 Absatz 1 Nummer 3 EStG regelt derzeit, dass Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als zwölf Monaten mit einem Zinssatz von 5,5 Prozent abzuzinsen sind. Ausgenommen sind u.a. Verbindlichkeiten, die verzinslich sind. Eine verzinsliche Verbindlichkeit liegt schon ab einem Zinssatz von mehr als 0 Prozent vor.

Die bisherige Regelung führt zu einer steuerlichen Mehrbelastung im Jahr der Erstbilanzierung der Verbindlichkeit.

Diese Regelung verfolgte das Ziel, den Zustand abzubilden, der sich daraus ergibt, dass unverzinsliche Verbindlichkeiten bei längerer Laufzeit wirtschaftlich weniger belastend sind als marktüblich verzinst.

Aufgrund des schon länger andauernden sehr niedrigen Zinsniveaus bedarf es der Norm mittlerweile nicht mehr.

Zudem ist der Wegfall des Abzinsungsgebots ein wirksamer Beitrag für eine Entbürokratisierung des Steuerrechts und zur Steuervereinfachung.

Zu Buchstabe b:

Die Ergänzung ist eine redaktionelle Folgeänderung. Bisher enthält § 6 Absatz 1 Nummer 3a Buchstabe e Satz 1 Halbsatz 2 einen Verweis auf § 6 Absatz 1 Nummer 3 Satz 2 EStG. Da das Abzinsungsgebot für unverzinsliche Verbindlichkeiten entfällt, sind die bislang in § 6 Absatz 1 Nummer 3 Satz 2 EStG genannten Ausnahmetatbestände nunmehr in § 6 Absatz 1 Nummer 3a Buchstabe e Satz 1 EStG aufzuführen.

Zu Nummer 2:

Die Neuregelung ist erstmals für nach dem 31. Dezember 2021 endende Wirtschaftsjahre anzuwenden.

Bestehende Verpflichtungen sind nunmehr grundsätzlich mit dem Nennwert – unter Beachtung der Regelungen des § 6 Absatz 1 Nummer 2 EStG – anzusetzen. Soweit eine Verbindlichkeit aus den Vorjahren existiert, ergibt sich eine Gewinnminderung in Höhe des zum Ende des letzten Wirtschaftsjahres noch bestehenden Abzinsungsvolumens.

Die Abzinsungspflicht kann auch für Wirtschaftsjahre vor Inkrafttreten der Neuregelung entfallen, wenn hierzu ein formloser Antrag gestellt wird. Dies ist jedoch nur möglich, soweit die betroffenen Steuerbescheide noch nicht bestandskräftig sind. Dies eröffnet die Möglichkeit, dass im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie in 2020 und 2021 eingegangene zinslose Verbindlichkeiten ohne Abzinsung angesetzt werden können.

Der Antrag kann nur einheitlich für alle betroffenen Wirtschaftsjahre gestellt werden. Er kann auch durch die entsprechenden Ansätze in den steuerlichen Gewinnermittlungen ausgeübt werden.

5. Zu Artikel 3 (Aufwendungen für häuslichen Arbeitsplatz)

Der Bundesrat bittet die Bundesregierung zu prüfen, ob die Abziehbarkeit von Aufwendungen für einen Arbeitsplatz in der eigenen oder gemieteten Wohnung oder im eigenen oder gemieteten Haus angesichts neuer Arbeitsformen über die bloße Verlängerung der Regelung zur Homeoffice-Pauschale um ein Jahr hinaus künftig sowohl dem Grunde als auch der Höhe nach neu geregelt werden sollte.

Begründung:

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie gewerblich und selbstständig Tätige einen Arbeitsplatz im häuslichen Umfeld nutzen. Es ist wahrscheinlich, dass auch in Zukunft vermehrt dazu übergegangen wird, Arbeiten am heimischen Arbeitsplatz durchzuführen.

Die Aufwendungen, die hierfür entstehen, sind nach den geltenden Regelungen im Einkommensteuergesetz (§ 4 Absatz 5 Satz 1 Nummer 6b EStG – Abziehbarkeit der Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer) indes im Regelfall nicht oder begrenzt abziehbar.

Es sollte deshalb geprüft werden, ob und unter welchen Voraussetzungen die Aufwendungen, die für einen häuslichen Arbeitsplatz entstehen, der nicht zwangsläufig in einem abgetrennten Arbeitszimmer belegen sein muss, zukünftig steuerlich berücksichtigt werden können. Gerade die Entwicklung in der jüngsten Zeit und die Aussagen sowohl von Seiten der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmervertretungen lassen vermuten, dass zukünftig vermehrt vom Arbeitsmodell Homeoffice Gebrauch gemacht werden wird.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass mit der vermehrten Nutzung des Homeoffice die Wege zur Tätigkeitsstätte und zurück vermieden werden. Dem ist nicht nur aus umweltpolitischen Gründen, sondern im Hinblick auf die gewonnene Zeit für die Familie, – auch steuerlich – Rechnung zu tragen.

Auf dieser Basis soll eine dauerhafte Neuregelung erfolgen, die den neuen Formen der Arbeitsausübung gerecht wird und eine unkomplizierte steuerliche Absetzbarkeit von Kosten unabhängig vom Vorliegen eines abgetrennten Arbeitszimmers gewährleistet. Dabei ist wirtschafts-, sozial- und umweltpolitischen Aspekten

Rechnung zu tragen und auf eine sachgerechte Gesamtlösung unter Berücksichtigung anderer steuerlicher Erleichterungen wie zum Beispiel der Pendlerpauschale zu achten.

6. Zum Gesetzentwurf allgemein

Nach Auffassung des Bundesrates können die Länder und Gemeinden die Mehrbelastungen durch die Verlängerung der degressiven Abschreibung nur dann verkraften, wenn angekündigte andere Maßnahmen des Bundes zur finanziellen Unterstützung von Ländern und Gemeinden rechtzeitig konkretisiert werden. So sollten insbesondere die Bundesunterstützung für die Unterbringung, Betreuung und Integration von Geflüchteten angemessen fortgesetzt, die Finanzmittel im Bereich der frühkindlichen Bildung verstetigt sowie die Regionalisierungsmittel für den öffentlichen Personennahverkehr wesentlich erhöht werden. Der Bundesrat fordert die Bundesregierung daher auf, solche Maßnahmen zeitnah im Einvernehmen mit den Ländern zu klären und entsprechend höhere Finanzmittel der Länder und Gemeinden gesetzlich zu regeln.

Gegenäußerung der Bundesregierung

Die Bundesregierung äußert sich zur Stellungnahme des Bundesrates wie folgt:

Zu Ziffer 1 Zu Artikel 1 Nummer 1 (§ 3 Nummer 11a Satz 2 – neu –)
Nummer 2 (§ 52 Absatz 4 Satz 4 – neu –, Satz 5 – neu – EStG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag der Anhebung des Freibetrags der steuerfreien Corona-Prämie im Sinne des § 3 Nummer 11a EStG für Beschäftigte in Pflegeberufen auf 3 000 Euro zu.

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab, eine sozialversicherungsrechtliche Sonderregelung einzuführen, die zum Ziel hat, Arbeitsentgelte rückwirkend „beitragsfrei“ zu stellen und hieraus bereits gezahlte Sozialversicherungsbeiträge zu erstatten. Eine Rückwirkung auf bereits abgeschlossene Entgeltabrechnungszeiträume mit dem Ziel, bereits gezahlte Sozialversicherungsbeiträge zu erstatten, ist in der Sozialversicherung aus grundsätzlichen Erwägungen heraus nicht möglich. Hintergrund für diesen Grundsatz ist, dass die Frage, ob Versicherungspflicht oder Versicherungsfreiheit vorliegt oder wie hoch ein in diesem Zusammenhang zu prüfender Leistungsanspruch ist, nicht vom ungewissen Eintritt künftiger Ereignisse abhängen darf. Arbeitgeber und Beschäftigter müssen darauf vertrauen können, dass die geleisteten Beiträge und die daraus erworbenen Leistungsansprüche und möglicherweise bereits gewährten Leistungen gesichert sind und nicht von einer zukünftigen Änderung der Rechtslage in Frage gestellt werden.

Zu Ziffer 2 Zu Artikel 1 Nummer 1 (§ 3 Nummer 11b Satz 1 EStG)

Die Bundesregierung wird den Vorschlag prüfen. Die weitere Ausgestaltung der Regelung bleibt den Beratungen im Deutschen Bundestag vorbehalten.

Zu Ziffer 3 Zu Artikel 2 (§ 52 Absatz 35d Nummer 3, 4, Nummer 5 – neu – EStG)
Artikel 5 (§ 36 Absatz 5b GewStG),
Artikel 6 Nummer 2 (Artikel 97 § 36 Absatz 4, 5, 6 – neu – EGAO)

Die Bundesregierung wird den Vorschlag prüfen.

Zu Ziffer 4 Zu Artikel 2a – neu –
Nummer 1 (§ 6 Absatz 1 Nummer 3, Nummer 3a Buchstabe e Satz 1 EStG),
Nummer 2 (§ 52 Absatz 12 Satz 2 – neu –, Satz 3 – neu –, Satz 4 – neu – EStG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag zu.

Sie unterstützt das Petikum des Bundesrates aus fachlichen Erwägungen heraus. In der Praxis sind Fälle aufgetreten, in denen es – insbesondere im Zusammenhang mit in der Corona-Pandemie ausgegebenen unverzinslichen Soforthilfe-Darlehen – zu einer steuerlichen Sonderbelastung kommen kann.

Zu Ziffer 5 Zu Artikel 3 (Aufwendungen für häuslichen Arbeitsplatz)

Die Bundesregierung wird der Prüfbitte entsprechen.

Der Koalitionsvertrag der Regierungsfractionen sieht vor, die steuerlichen Regelungen zum Homeoffice zu evaluieren. In diesem Kontext wird auch der vorliegende Antrag mit berücksichtigt werden. Das Ergebnis der Evaluierung bleibt abzuwarten.

Zu Ziffer 6 Zum Gesetzentwurf allgemein

Die Bundesregierung nimmt die Ausführungen des Bundesrats zur Kenntnis. Dieses Gesetzgebungsverfahren und die anderen Themenbereiche sollten unabhängig voneinander behandelt werden. Die Bundesregierung weist darauf hin, dass der Bund die Länder und Kommunen bereits umfassend entlastet und ihnen damit zusätzliche finanzielle Spielräume zur Erfüllung ihrer Aufgaben verschafft hat. Hierzu tragen auch die umfassenden vom Bund im Rahmen der Pandemiebewältigung finanzierten Unterstützungsmaßnahmen zur Sicherung von Einkommen und Beschäftigung bei, die sich auch auf Länder und Kommunen auswirkenden wirtschaftlichen Folgen der Pandemie abzufedern.

